



Bildung: Kein weiter so im neuen Jahr!



BILDUNGS MINISTERIN HAT BESSERE AUFSTELLUNG DER SCHULEN MONATELANG VERSCHLEPPT

Die Grünen werfen angesichts des neuerlichen Lockdowns Bildungsministerin Streichert-Clivot vor, mit ihrer Corona-Strategie für die Bildung im Saarland krachend gescheitert zu sein. Die Schulen seien durch das kompromisslose Beharren auf Präsenzunterricht um jeden Preis kaum besser auf den kommenden Lockdown vorbereitet als im Frühjahr. Jetzt habe die Realität die Scheinwelt der Ministerin eingeholt. Die jetzt von den Lehrkräften ad hoc erwartete Umstellung auf Hybrid- und Wechselunterricht hätte über Monate vorbereitet und erprobt

werden müssen. Stattdessen seien entsprechende Anliegen von Schulen, Schüler*innen, Gewerkschaften und auch aus der Politik regelrecht verhindert worden. Nach dem erneuten Lockdown dürfe es kein Weiter so mehr geben.

Tressel sagte dazu: „Schulen, die unterschiedliche Hybrid- und Wechselmodelle beim Unterricht einrichten wollten, um besser für die erwartbare zweite Welle gerüstet zu sein, hat man regelrecht ausgebremst und damit auch verhindert, dass man jetzt auf tatsächlich funktionierende und belastbare

Strukturen für den Fernunterricht zurückgreifen kann.“

Der Grünen-Bildungsexperte und ehemalige Bildungsminister Klaus Kessler fordert jetzt ein konkretes Bekenntnis der Landesregierung, wie es nach dem Ende der regulären Weihnachtsferien weitergehen soll. Es brauche orts- und situationsangepasste Maßnahmen und daher mehr Autonomie für die Schulen.

 <https://gruenlink.de/1w7w>

**Online-Schule:
Ausfall der Plattform ist
Offenbarungseid**

3

**Tressel fordert
Rückbaukonzept
für Kraftwerk Ensdorf**

6

**Waldzustandsbericht
untermauert
Grüne Forderungen!**

9

**Biosphäre: Regeln für
nachhaltige Grundwasser-
entnahme einführen**

5

**Bahnhöfe brauchen mehr
Investitionen**

7

**Still loving Schengen –
Grenzschießungen sind keine
Lösung!**

11

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020, das uns sehr gefordert hat, neigt sich dem Ende entgegen. Deshalb möchten wir noch einmal schlaglichtartig einige Themen in den Mittelpunkt rücken, die uns in diesem Jahr besonders beschäftigt haben und uns auch weiter beschäftigen werden. Natürlich dreht sich dabei vieles um die Bewätigung der Corona-Krise, die weiter im Vordergrund steht. Aber andere Themen wie z.B. die Klimakrise sind dadurch nicht weniger drängend geworden - im Gegenteil. Wir müssen beide Krisen zusammen in Angriff nehmen und dürfen unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht weiter zerstören. Deshalb ist so immens wichtig, wie wir mit unserem Wald umgehen. Der verstärkte Schutz des kranken Saarwalds muss dabei oberste Priorität bekommen.



Unser Trinkwasser ist ein hohes Gut und verdient besonderen Schutz. Darauf haben wir in vielen Stadt- und Gemeinderäten und Kreistagen aufmerksam gemacht und werden es aufgrund der Diskussionen um die Probebohrungen der MEG im Kirkeler Wald weiter tun. Es freut uns, dass wir so gut miteinander vernetzt sind und so schon früh erkennen können, wenn sich besondere Herausforderungen anbahnen, die gemeindeübergreifend wichtig sind, und denen wir dann gemeinsam begegnen. Ein besonderes Dankeschön geht zum Jahresende an unsere engagierte Landesgeschäftsstelle, das Herzstück unserer Parteiorganisation, das wir Euch in diesem Newsletter einmal ausführlich vorstellen.

Viel getan hat sich dieses Jahr auch auf der Bundesebene unserer Partei. Unser erster digitaler Parteitag war ein Riesenerfolg. Wahnsinn, was da in kurzer Zeit organisiert wurde. Damit haben wir gezeigt, dass wir für die digitale Zukunft gut gewappnet sind. Es wurde -wie es sich für uns Grüne gehört- nicht nur inhaltlich viel diskutiert, sondern auch ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das die Richtschnur für unser politisches Handeln in den nächsten Jahren ist.

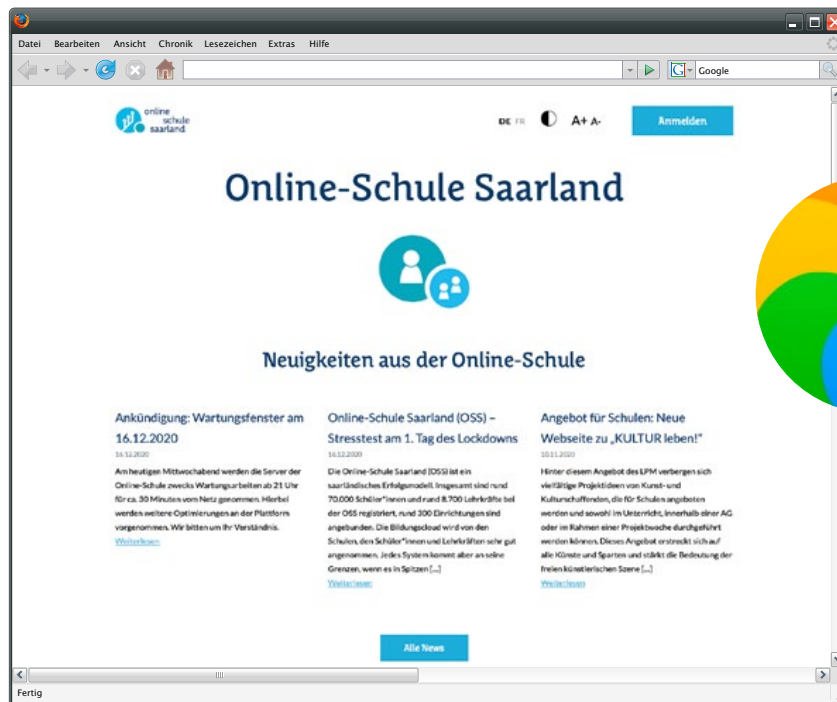
Digital weitaus weniger gut aufgestellt ist das saarländische Bildungsministerium. Bereits am ersten Tag des Lockdowns hat sich mit dem Ausfall der Lernplattform Online-Schule gezeigt, dass das Ministerium die letzten Monate leider nicht genutzt hat, um ein stabiles und leistungsfähiges Lernnetz aufzubauen. Hier braucht es für die Zeit nach den Ferien einen tauglichen Plan. Am besten mit einer Task Force, die sich für die gesamte Landesregierung dieses Problems annimmt. Hier sehen wir Ministerpräsident Hans in der Pflicht.

Für die bevorstehenden Weihnachtstage wünschen wir Euch alles Gute und für das neue Jahr vor allem Gesundheit!

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar





Online-Schule: Ausfall der Plattform ist Offenbarungseid

TRESSEL: VERANTWORTLICHKEIT FÜR DIESES DESASTER KLÄREN

Die saarländischen Grünen haben den Ausfall der Lernplattform Online-Schule Saar als Offenbarungseid für das Bildungsministerium bezeichnet. Bereits am ersten Tag des neuen Lockdowns zeigt sich, dass das Ministerium die vergangenen Monate nicht genutzt hat, um ein stabiles und leistungsfähiges Lernnetzwerk aufzubauen. Grünen-Landeschef Tressel fordert, die Verantwortlichkeit für dieses Versagen zu klären. Jetzt erscheine auch die strikte Weigerung der Ministerin, die Schulen Hybrid- und Wechselunterricht wenigstens erproben zu lassen, in einem völlig neuen Licht.

Grünen-Landeschef Markus Tressel sagte dazu: „Es ist ein Desaster: Am ersten Tag des neuen Lockdowns kollabiert die Lernplattform des Bildungsministeriums bei einer als normal anzunehmenden Belastung. Und jetzt sollen die Lehrer schuld sein, weil sie ihrer Arbeit nachkommen und Lernmaterial hochladen. Das ist der absolute Offenbarungseid nach neun Monaten Vorbereitungszeit in dieser Krise! Die Landesregierung muss jetzt die Verantwortlichkeit für dieses Versagen klären. Und eines kann man jetzt schon sagen: Es waren nicht die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler, die das verbrockt haben.“

Tressel warf der Bildungsministerin vor, sie habe mit ihrer Weigerung Hybrid- oder Wechselunterricht wenigstens zu erproben, am Ende wahrscheinlich vor allem vom technischen Versagen der Plattform ablenken wollen: „Jetzt ist der Ernstfall da und wir merken, dass das favorisierte System bei der kleinsten Belastung zusammenbricht. Das hätte man viel früher merken können, wenn man nicht monatelang nach dem Prinzip Hoffnung agiert hätte und jeden Realitätscheck und jede Vorbereitung, die das hätte offenbaren können, verweigert hätte. Jetzt wissen wir, dass diese Weigerung nicht nur sozialpolitische Gründe hatte, sondern wahr-

scheinlich vor allem der Kaschierung der technischen Unzulänglichkeit der Online-Schule Saar diente.“

Für die Zeit nach den regulären Ferien brauche es jetzt einen tauglichen Plan. Tressel: „Ministerpräsident Hans muss hier die Notbremse ziehen und eine Task Force einrichten, die sich für die gesamte Landesregierung dieses Problems annimmt. Alleine auf das Bildungsministerium zu bauen, hat sich als problematisch erwiesen.“

<https://gruenlink.de/1w7x>





Grüne begrüßen Klinikpläne und fordern weitere Entwicklung

FORDERUNG NACH VOLLWERTIGER KLINIK FÜR HOCHWALD-REGION NICHT VOM TISCH

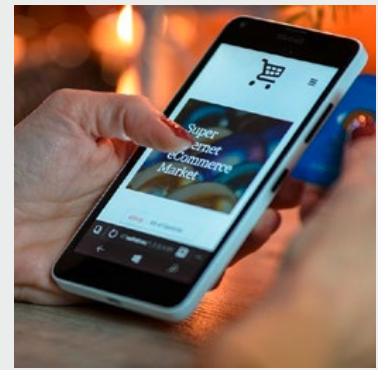
Die saarländischen Grünen haben die Entscheidung zum Bau eines teilstationären medizinischen Versorgungszentrums in Wadern begrüßt. Damit werde die Gesundheitsversorgung in der Hochwaldregion deutlich verbessert. Das jetzt geplante SHG-Modell sei aber keine vollwertige Klinik. Deshalb könne auch aufgrund der Dynamik der Entwicklungen im Krankenhausbereich die Debatte um die Versorgung der Hochwaldregion nicht beendet sein. Vielmehr müsste auch in Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz ein Plan entwickelt werden, wie eine breite und vollwertige medizinische Versorgung der Region dauerhaft gesichert werden kann.

Grünen-Landeschef Markus Tressel sagte dazu: „Die jetzt geplante Portalklinik der SHG ist definitiv ein Fortschritt zum Status Quo und deshalb begrüßenswert. Allerdings kommt dieses Konzept natürlich nicht einer vollwertigen Klinik gleich, die viele Menschen sich in der ganzen Region erwünscht und erhofft haben. Sie kann aber der Kern für eine Weiterentwicklung sein, deshalb ist der modulare Aufbau mit der Option einer Erweiterung wichtig. Wir brauchen jetzt mehr denn je einen Versorgungspakt, an dem die Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz genauso beteiligt sind wie die betroffenen Hochwald-Kommunen und die Krankenkassen. Ziel muss weiter ein leistungsfähiges Klinikum für die Region sein, das neben einer hohen medizinischen Versorgungsqualität auch Fahrtzeiten und tatsächliche sozialräumliche Gegebenheiten berücksichtigt.“

Auch die Grünen vor Ort begrüßen die grundsätzliche Entscheidung zur Umset-

zung des SHG-Konzeptes. Peter Rohles, Fraktionschef der Grünen im Waderner Rat sagte: „Die Stadtratsfraktion der Grünen begrüßt die Lösung, obwohl das für uns eine Minimallösung ist. Entscheidend ist die weitere Entwicklung und die genaue Standortfrage.“ Der Kreisvorsitzender der Grünen, Klaus Borger sieht ebenfalls weiteren Handlungsbedarf: „Die medizinische Grundversorgung ist neben attraktiven Bildungsangeboten gerade in ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung. Nach dem Aus für die bisherige klinische Versorgung in Losheim, ist die jetzige Ankündigung zwar zu begrüßen, ersetzt jedoch nicht das vollwertige Angebot wenigstens der Grundversorgung einer Klinik. Was wir jetzt haben, ist Ergebnis einer Gesundheitsversorgung die weitgehend marktwirtschaftlichen Prinzipien untergeordnet wird.“

<https://gruenlink.de/1w7u>



Lockdown: Saar-Marktplatz im Internet schaffen

Vor dem Hintergrund der Geschäftsschließungen im erneuten Lockdown fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete Markus Tressel die Landesregierung auf, einen landesweiten digitalen Absatzmarkt für Einzelhandel, Handwerk, Landwirtschaft, Dienstleistung und Gastronomie auf den Weg zu bringen. Zudem müsse das Wirtschaftsministerium in einer Sofortmaßnahme prüfen, wie die Vermarktungsinitiativen angesichts der Corona-Schließungen unterstützt und vernetzt werden könnten.

„Während andere Bundesländer wie Baden-Württemberg das Abholen bestellter Waren verbieten, sind Abholdienste im Saarland weiter erlaubt. Zudem können Waren auch geliefert werden. Das saarländische Wirtschaftsministerium sollte daher prüfen, wie die bestehenden Vermarktungsinitiativen kleiner Händler kurzfristig vernetzt und beispielsweise im Rahmen einer Kampagne bekannt gemacht werden könnten. Es wäre zu begrüßen, wenn das Land diese Bemühungen, die im Moment sehr lokal und meist ehrenamtlich stattfinden, in einer Sofortmaßnahme unterstützen könnte. Viele Händler befinden sich kurz vor Weihnachten in einer existenzgefährdenden Situation“, sagt Tressel. Der Grünen-Politiker fordert Wirtschaftsministerin Rehlinger auf, mittelfristig einen landesweiten digitalen Absatzmarkt für Einzelhandel, Landwirtschaft, Dienstleister und Gastronomie auf den Weg zu bringen.

<https://gruenlink.de/1w7g>





Biosphäre: Regeln für nachhaltige Grundwasserentnahme einführen

SCHUTZ- UND ENTWICKLUNGSZIELE DES BIOSPHÄRENRESERVATS BLIESGAU WAHREN

Als Reaktion auf die geplante Mineralwasserförderung in Kirkel fordern die Grünen gesetzliche Regeln, um eine nachhaltige Grundwasserentnahme im Biosphärenreservat Bliesgau sicherzustellen. Die Landesregierung müsse dazu naturschutz- und wasserrechtliche Änderungen prüfen, so Grünen-Landeschef Markus Tressel und die Vorsitzende der Blieskasteler Grünen, Lisa Becker. Die Grünen verweisen auf den Aktionsplan von Lima, der für Biosphärenreservate eine bessere gesetzliche Verankerung der Schutz- und Entwicklungsziele einfordert.

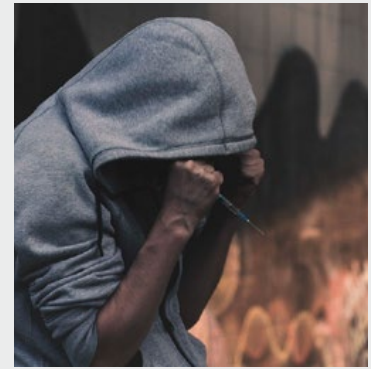
„Mit der UNESCO-Anerkennung sollen sich die Biosphärenreservate zu Modellregionen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 entwickeln. Mit dem Aktionsplan von Lima sind die Biosphärenreservate in allen Bereichen, die für die nachhaltige Entwicklung relevant sind, auch gesetzlich zu verankern. Bei der Grundwasserförderung gibt es derzeit aber so gut wie keinen Unterschied, ob der Brunnen im Biosphärenreservat liegt oder nicht. Wir brauchen klare Regeln für eine nachhaltige Grundwasserentnahme, damit die Schutz- und Entwicklungsziele des Biosphärenreservats Bliesgau gewahrt bleiben“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Erste Beigeordnete der Stadt Blieskastel und Vorsitzende der Blieskasteler Grünen, Lisa Becker, fordert die Landesregierung auf, einen naturschutz- und wasserrechtlichen Schutz für eine nach-

haltige Grundwasserförderung im Biosphärenreservat zu prüfen. Becker: „Das Ausmaß der Mineralwasserförderung, die in Kirkel geplant ist, läuft den Zielen des Biosphärenreservats entgegen. Von Nachhaltigkeit kann bislang keine Rede sein. Die Landesregierung muss prüfen, wie sie hier strenge Regeln für das Biosphärenreservat Bliesgau erlassen kann. Ziel muss es sein, die Grundwasserentnahme, z. B. für eine rein privatwirtschaftliche Nutzung, zu regulieren.“

Die Grünen verweisen auf die Gesetzgebungskompetenzen im Naturschutz- und Wasserrecht. Das Saarland könne seit der Föderalismusreform die diesbezüglichen Bundesgesetze ergänzen und auch davon abweichen. Viele Bundesländer nutzten bereits ihre neuen Möglichkeiten.

<https://gruenlink.de/1w7t>



Grüne: Drogentote durch Substanzanalyse verhindern

Anlässlich Plänen Hessens eine Rechtsgrundlage für Drogen-Checks in das Betäubungsmittelgesetz einzuführen, fordern die saarländischen Grünen die Landesregierung auf, der Bundesratsinitiative beizutreten und bis dahin ein Modellprojekt zur Substanzanalyse anzubieten. Grünen-Landesvize Jeanne Dillschneider betont, das sogenannte Drugchecking in Konsumräumen und in der Partyszene gesundheitliche Schäden abwenden könne. Gesundheitsministerin Bachmann müsse daher ein entsprechendes wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur Substanzanalyse auflegen.

„Vor einiger Zeit wurde im Rahmen einer europaweiten Studie bekannt, dass Saarbrücken beim Amphetamin-Konsum an der Spitze liegt. Dabei kann der Gebrauch illegaler psychoaktiver Substanzen mit zum Teil erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden sein. Drogen werden auf dem Schwarzmarkt häufig gestreckt, so dass Konsumierende oft nicht über die Zusammensetzung oder die Dosis aufgeklärt sind.“, erklärt Jeanne Dillschneider, stellv. Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Auch die anhaltend hohe Zahl der Drogentoten im Saarland mache den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Drugchecking könne nicht nur Drogentote verhindern, sondern auch den Verzicht auf den Gebrauch unterstützen.

<https://gruenlink.de/1w7s>



Tressel fordert Rückbaukonzept für Kraftwerk Ensdorf

LAND MUSS ENTWICKLUNG DER FLÄCHE FORCIEREN

Die Grünen fordern ein Rückbaukonzept für das seit drei Jahren geschlossene Kraftwerk in Ensdorf. Die Fläche von über 53 Hektar sei die infrastrukturell am besten erschlossene Industriefläche des Saarlandes, werde vom Eigentümer aber nicht aktiv weiterentwickelt. Das schade dem Standort und habe auch ökologische Folgen, wenn dafür anderswo unbebaute Grünflächen in Anspruch genommen werden müssten. Der Landesvorsitzende der saarländischen Grünen Markus Tressel will deshalb, dass das Land jetzt zeitnah dafür sorgt, dass die Flächen auch etwa für Industrieansiedlungen in der Folge der SVolt-Ansiedlung in Überherrn zur Verfügung stehen. Neben einem Rückbaukonzept mit klaren Terminvorgaben müsse auch die Teilnutzung der bestehenden Flächen geprüft werden.



Tressel sagte dazu: „Der Kraftwerksstandort Ensdorf ist die infrastrukturell am besten ausgestattete Industriefläche, die das Saarland derzeit anzubieten hätte. Gleichzeitig liegt die Fläche im Dornröschenschlaf und der Eigentümer macht keine Anstalten, das Altkraftwerk abzuräumen. Deshalb muss das Saarland jetzt schnellstmöglich gemeinsam mit dem Eigentümer der Fläche ein Rückbaukonzept für das stillgelegte Kraftwerk entwickeln und eine zügige Beräumung der Fläche forcieren. Nötigenfalls muss das Land selbst oder in Verbindung mit einem Entwickler die Fläche übernehmen und für eine zügige Ansiedlungsreife der Gesamtfläche sorgen.“ An anderen Kraftwerkstandorten, z.B. in Castrop-Rauxel, sei dies inklusive der Planungen, Genehmigungsverfahren

und Abrissarbeiten in zwei Jahren möglich gewesen (z. B. https://youtu.be/_frcmVpb3jl). In Ensdorf sei zwar schon bereits seit 2016 ein Bebauungsplanverfahren betrieben, aber seitens der VSE nicht final abgeschlossen worden.

Der Grünen-Politiker weist darauf hin, dass die öffentliche Hand, also Land und Landkreise im Saarland über 49 Prozent der Anteile am Flächeneigentümer VSE hielten. Die Vertreter des Landes und der Kommunen müssten daher im Aufsichtsrat nachdrücklich die zeitnahe Nutzbarmachung der Fläche auf die Tagesordnung setzen. Aufgrund der geleisteten Vorarbeiten, wie etwa der bereits erfolgten Schadstoffkartierung, könnte das Verfahren deutlich beschleunigt werden.

Markus Tressel: „Die öffentlichen Mit-eigentümer sollten ein großes, auch regionalwirtschaftliches Interesse daran haben, dass die Fläche vollständig und zügig für Ansiedlungen hergerichtet wird. Eine altindustrielle Top-Fläche, die man einfach ungenutzt liegenlässt, während man anderswo die grüne Wiese versiegelt ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Dazu höre ich leider wenig bis gar nichts von den Verantwortlichen. Das Kraftwerk ist am 20.12. genau drei Jahre stillgelegt. Jetzt muss endlich Dynamik in die Entwicklung.“ Zudem müsse auch juristisch geprüft werden, ab wann ein Betreiber auch zum Rückbau einer stillgelegten Industrieanlage gezwungen werden kann.

Markus Tressel schlägt auch vor, gegebenenfalls Teilflächen zu vermarkten. Das eigentliche Kraftwerk belege nur einen Teilbereich von etwas mehr als 10 Hektar des Gesamtgeländes. Im Nordbereich, dem ehemaligen Kohlelager stünden jetzt bereits 17 Hektar und im Südbereich rund 24 Hektar zur Verfügung.

Zur Info: Ein Beispiel für einen Kraftwerksabriss innerhalb von 2 Jahren:

www.unternehmensgruppe-hagedorn.de/projekte/kraftwerk-knepper-castrop-rauxel/

Externer Link
<https://gruenlink.de/1w7o>

Youtube-Link
https://youtu.be/_frcmVpb3jl



Bahnhöfe brauchen mehr Investitionen



Fotos: Roland Wiesdorf

Eine parlamentarische Anfrage von Markus Tressel hat erneut bestätigt, dass die saarländischen Bahnhöfe vielfach nicht für die Herausforderungen der Verkehrswende gerüstet sind. Neben Bequemlichkeitsaspekten ist die Barrierefreiheit ein wichtiger Knackpunkt. Immer noch erreichten die wenigsten Bahnhöfe im Saarland die Mindestanforderungen der barrierefreien Zugänglichkeit und Nutzbarkeit, die von Deutscher Bahn und Deutschen Behindertenrat gemeinsam erarbeitet worden sind. Landesweit fehlen ausreichend hohe Bahnsteige, Aufzüge, Rampen, taktile Leitsysteme, Stufenmarkierungen und Handlaufschilder. Sogar

große Bahnhöfe wie Saarbrücken sind nicht vollumfänglich barrierefrei. Pinselrenovierungen reichten nicht aus, um eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung zu erreichen.

Tressel fordert eine Investitionsoffensive für die Bahnhöfe, die zunehmend wichtiger würden, wenn man tatsächlich eine Verkehrswende erreichen wolle: „Das Nachsehen haben die Fahrgäste, die sprichwörtlich in der Kälte und im Regen stehen bleiben. Soll die Bahn im Wettbewerb mit dem Auto attraktiv sein, brauchen wir gute Infrastruktur.“

Die Ergebnisse im Überblick

- Lediglich 12 % der Saar-Bahnhöfe sind weitreichend barrierefrei. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 88 % der saarländischen Bahnhöfe weiterhin nicht vollständig barrierefrei sind.
- **Stufenfrei erreichbar** sind 60 Prozent der Bahnhöfe
- Bis zum Jahr 2026 sollen neun weitere Bahnhöfe barrierefrei umgebaut werden sowie bis Frühjahr 2021 der Bahnhof Sulzbach fertig gestellt sein.
- Lediglich elf Bahnhöfe verfügen noch über eine Bahnhofshalle. Keine Halle ist beheizt, auch nicht an den großen Bahnhöfen. In St. Ingbert und St. Wendel gibt es zudem in der Halle keinen einzigen Sitzplatz.
- Lediglich sieben Bahnhöfe verfügen noch über Toiletten. Auch an größeren Bahnhöfen gibt es keine Toiletten.
- Schließfächer gibt es nur noch an den Bahnhöfen in Saarbrücken und Homburg.
- Lademöglichkeiten für E-Bikes gibt es noch an keinem Bahnhof im Saarland.

Hier die Anfrage:

<https://gruenlink.de/1w7h>





Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral aufstellen

VORBILDROLLE BEIM KLIMASCHUTZ EINNEHMEN

Anlässlich eines UN-Berichts, wonach trotz der weltweiten Corona-Maßnahmen der CO₂-Ausstoß einen neuen Rekordwert erreicht, fordern die Saar-Grünen die Landesregierung auf, die saarländische Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 vollständig klimaneutral aufzustellen. Die öffentliche Hand könne damit eine Vorbildrolle beim Klimaschutz einnehmen und einen Weg aufzeigen, wie Unternehmen und jeder einzelne Bürger klimaneutral werden können, so die Grünen-Politiker Tressel und Ginsbach.

„Immer noch stiehlt sich die saarländische Landesregierung beim Klimaschutz weitestgehend aus ihrer Verantwortung und verkennt, dass Klimaschutz eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Viele andere Bundesländer sind weiter und haben eigene Klimaschutzgesetze mit ambitionierten Zielen aufgestellt. Manche Länder wollen ihre Landesverwaltungen bereits bis zum Jahr 2030 klimaneutral machen, so etwa Hessen und Bayern“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Tressel fordert gemeinsam mit dem Grünen-Klimapolitiker Patrick Ginsbach auch die saarländische Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral aufzustellen. Tressel: „Treibhausgase entstehen in vielen Bereichen, insbesondere im Gebäudebereich, im Beschaffungswesen, bei der Mobilität oder Informationstechnologie. Wir wollen, dass die Landesregierung mit der ganzen Landesverwaltung beim Klimaschutz ein Vorbild wird und somit einen

gangbaren Weg aufzeigen, wie Unternehmen und jeder einzelne Bürger ebenfalls klimaneutral werden können.“

In ihrem Vorgehen könne sich die Landesregierung etwa am international anerkannten Greenhouse Gas Protocol orientieren, nach dem sich bereits das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei seiner Vorgehensweise richtete. Ginsbach: „In einem ersten Schritt müssen alle Treibhausgasemissionen ermittelt und quantifiziert werden. Liegen alle Daten vor, gilt das Prinzip ‚Vermeiden vor Reduzieren vor Kompensieren‘. Idealerweise werden also Treibhausgase gar nicht erst verursacht. Wo dies nicht möglich ist, muss so gut wie möglich reduziert werden. Was übrig bleibt, muss in der Region kompensiert werden.“

<https://gruenlink.de/1w7r>

BUNDESPOLIZEI-GESETZ: MEHR PERSONAL STATT NEUER BEFUGNISSE



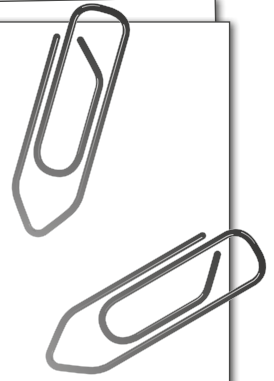
Anlässlich des Kompromisses von Union und SPD zum neuen Bundespolizeigesetz fordern die Saar-Grünen mehr Beamtinnen und Beamte statt immer neuer Befugnisse für die Bundespolizei. Grünen-Landesvize Dillschneider warnt vor einem Kompetenz-Wirrwarr zwischen Bundes- und Landespolizei, der angesichts des massiven Personalmangels auf beiden Seiten nicht vertretbar sei.

„Die von Union und SPD vorgelegten Eckpunkte zum neuen Bundespolizeigesetz sind ein fauler Kompromiss, der so nicht in Kraft treten darf. Stattdessen brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten, die vor allem auf den Bahnhöfen und in den Zügen für Sicherheit sorgen“ sagt Jeanne Dillschneider, stellv. Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Grünen-Politikerin warnt vor einem Kompetenz-Wirrwarr zwischen Bundespolizei und Saar-Polizei. Zudem sei die geplante Quellentelekkommunikationsüberwachung verfassungsrechtlich höchst umstritten.

<https://gruenlink.de/1w7q>





Waldzustandsbericht untermauert Grüne Forderungen!

KLAUS BORGER: VERSTÄRKTER SCHUTZ DES KRANKEN SAARWALDES MUSS OBERSTE PRIORITÄT BEKOMMEN

Der Gesundheitszustand des Saar-Waldes hat sich, auch bedingt durch die letzten Dürrejahre, dramatisch verschlechtert. Folge der Dürre ist der landesweite Borkenkäferbefall, der „forstliche Sünden“ der Vergangenheit mit voller Wucht korrigiert. In der Vergangenheit wurden gebietstypische Wälder durch schnellwachsende Holzplantagen, meist Fichte und Douglasie ersetzt. Die massiven Schäden haben auch dazu geführt, dass sich der Landtag mit dem Thema befassen musste. Der Landtag des Saarlandes hat die Landesregierung in der Drucksache 16/1427 10.09.2020 aufgefordert „den Wald neu zu denken“.

Der Gesundheitszustand des Saar-Waldes hat sich, auch bedingt durch die letzten Dürrejahre, dramatisch verschlechtert. Folge der Dürre ist der landesweite Borkenkäferbefall, der „forstliche Sünden“ der Vergangenheit mit voller Wucht korrigiert. In der Vergangenheit wurden gebietstypische Wälder durch schnellwachsende Holzplantagen, meist Fichte und Douglasie ersetzt.

Die massiven Schäden haben auch dazu geführt, dass sich der Landtag mit dem Thema befassen musste. Der Landtag des Saarlandes hat die Landesregierung in der Drucksache 16/1427 10.09.2020 aufgefordert „den Wald neu zu denken“.



Erst stirbt der Forst

Der diesjährige Waldzustandsbericht zeigt die schlechte Gesundheitsverfassung des Staatswaldes sehr eindrucksvoll. Leider hat Jagdminister Jost die Schäden am Jungwald, verursacht durch eine falsch verstandene Wildhege (Wildzucht) der Hobbyjagd, im Gegensatz zu früheren Waldzustandsberichten, nicht berücksichtigt. Dies mag ihm „Fleißpunkte“ bei der konservativen Jägerschaft einbringen,

gen, zeigt aber sehr deutlich das besondere Umweltverständnis dieses Ministers sehr deutlich.

Bei der Vorstellung des Waldzustandsberichtes sagte Jost: „Wir geben dem Wald Luft zum Atmen“. Aus Vorsorgegesichtspunkten werden gerade ältere Bäume wesentlich stärker geschützt. Damit soll das Waldinnenklima stabilisiert werden.

Ebenso kündigte er eine Reduzierung des Holzeinschlages an. Bei erster Betrachtung ein wichtiger Schritt, aber was bedeutet die Aussage es sollen nur halb so viele dickere Bäume gefällt werden?? Ab welcher Dicke sind nach Meinung des Forstministers Bäume dicke Bäume und was bedeutet halb so viel (Anzahl, Masse?).

Zwischen seinen Ankündigungen und das was landesweit zu beobachten ist liegen aber Welten. Entweder täuscht Forstminister Jost bewusst die Öffentlichkeit oder er weiß nicht was sein Landesbetrieb im SaarWald veranstaltet.

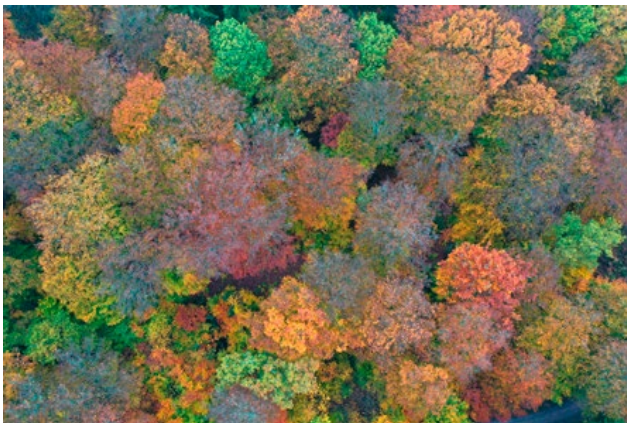


Kahlschlag Staatswald bei Merzig



Der von Forstminister Jost vorgestellte Forstzustandsbericht (auch im Saarland gibt es fast ausschließlich Forste, die sich von Wäldern elementar unterscheiden – Forst ist kein Wald) für den Staatswald des Saarlandes bestätigt unsere langjährigen Forderungen und die in den Jahren 2009 bis 2012 eingeleiteten Reformen. Leider wurden diese zum großen Großteil durch die Nachfolgeregierung aus parteipolitischem Reflex wieder auf null zurückgedreht. Ein Beispiel ist das Klimawaldprogramm aus dem Jahr 2011 mit seinen weitreichenden Ansätzen, um die Wälder klimastabiler zu machen. Dieses Programm hat Forstminister Jost, offensichtlich wegen der Grünen Handschrift, eingestampft.

Wir Grüne haben schon lange ein klares und nicht frei interpretierbares Ziel gefordert und zwar den Gesamtholzeinschlag um 50% zu reduzieren, um den Vorrat in den Wäldern zu erhöhen und um die Wälder nicht weiter heißzuschlagen. Damit soll das Dach der Baumkronen möglichst geschlossen bleiben was Bäume vor zu starker Besonnung schützt und die Verdunstung der Waldböden reduziert. Ebenso sollten Bäume über einem Alter von 100 Jahren bis auf weiteres nicht mehr genutzt werden, da nur so der junge Saarwald reicher wird an alten Bäumen mit ihrer breiten genetischen Information.



Geschlossenes Kronendach schützt Wald und Waldboden

Dass die Landesregierung nun dem SaarForst Landesbetrieb ein dickes Minus gönnt wird begrüßt, ist konsequent und untermauert unsere Forderung, dass der SaarForst Landesbetrieb nicht weiter ein Wirtschaftsbetrieb sein sollte, sondern das Betriebsziel auf 100% Waldschutz umgestellt werden sollte. Dieses Ziel schließt eine wirklich naturnahe Bewirtschaftung nicht aus, jedoch nur dann, wenn die Nutzung des Waldes zur Erreichung der Schutzziele erforderlich ist.

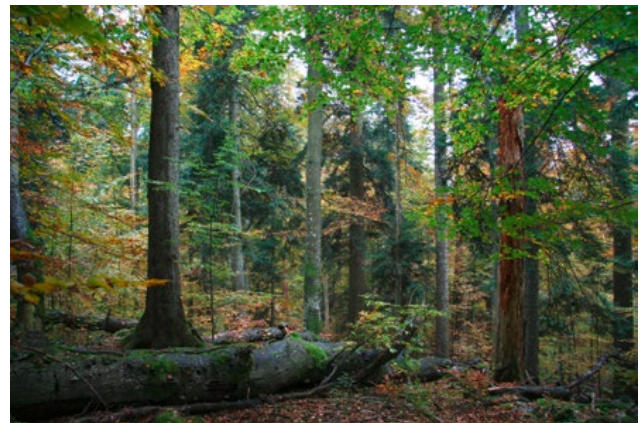
Seit 2. Juli 1999 hat der SaarForst Landesbetrieb die Aufgabe die wirtschaftlichen Nutzungen des Staatswaldes durchzuführen. Die vorrangig wirtschaftliche Ausrichtung sind seit Jahren das Maß aller Dinge und haben zu den bekannten Entwicklungen geführt, die den heutigen Anforderungen an einen verantwortlichen Umgang mit dem Wald nicht mehr gerecht werden.

Nicht nur die Saarländische Landesverfassung hebt in Artikel 59a die besondere Verpflichtung des Staates für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und speziell auch des Waldes hervor, die vorrangig außerwirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen Waldes

hat auch Niederschlag in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1991 gefunden, wonach die Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes dient und nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Um den öffentlichen Wald des Saarlandes an die neuen und langfristig wirkenden Umweltveränderungen anzupassen ist ein Waldschutzgesetz erforderlich, was das bisherige „Waldnutzgesetz“ ersetzt! Flankierend dazu ist eine passende Organisation zu wählen, die dieser Herausforderung gerecht wird. Die jetzige, vorrangig ertragswirtschaftliche Ausrichtung des Waldgesetzes und des SaarForst Landesbetriebes, kann dies nicht erfüllen.

Der SaarForst Landesbetrieb dürfte deshalb nicht weiter als Unternehmen nach den Bestimmungen des § 26 der Landeshaushaltsordnung des Saarlandes sowie der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften geführt werden. Er müsste organisatorisch in eine neue Grundsatzabteilung in die Naturschutzverwaltung des Landes eingegliedert werden, mit starker fachlicher Überschneidung mit Aufgaben des Landesamtes für Umwelt- und Verbraucherschutz.



Waldschutz statt Forstnutz

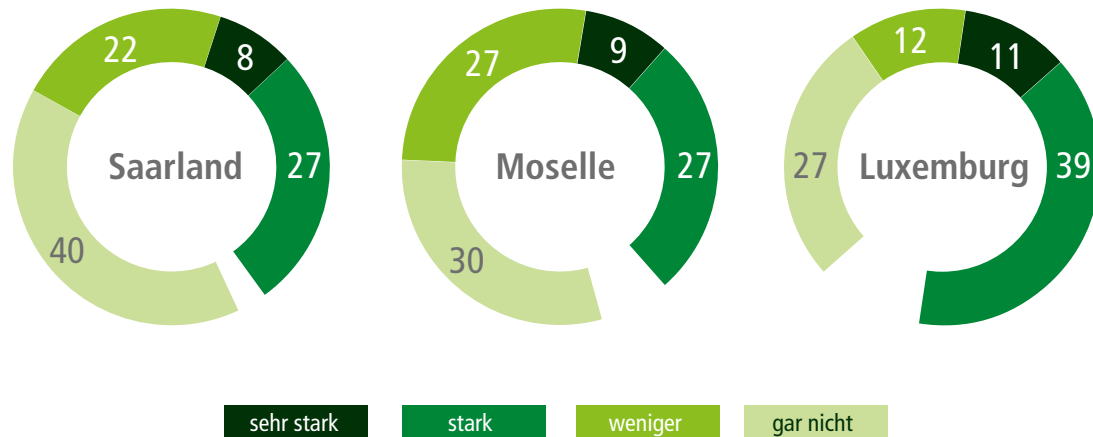
Im Schluss seiner Pressemitteilung zum Waldzustandsbericht 2020 bekennt sich der Forstminister zu seiner Forststrategie. Alleine dieses Wort zeigt die Sackgasse, in der er sich bewegt, auf. Er bekennt sich leider nach wie vor zu einem Forst, dessen Primat und Wesen die wirtschaftliche Ausrichtung ist.

Der Forstminister sollte jetzt kurzfristig seinen SaarForst anweisen, zumindest das in der Fläche umzusetzen, was er als Fachminister vorgibt. So werden nach wie vor mit rabiatischen Methoden abgestorbene Fichtenwälder eingeschlagen und das Holz bei einer ehrlichen Gesamtbilanzierung mit einem saftigen Defizit verkauft. Und dabei hatte Jost noch vor wenigen Wochen erklärt, die abgestorbenen Wälder sollen aus Gründen des Schutzes des Mikroklimas, der Förderung der Bodenvegetation und wegen der hohen ökologischen Bedeutung (Biotopholz) stehen bleiben.

Soweit zum Thema Anspruch und Wirklichkeit!

Klaus Borger, Stellvertretender Landesvorsitzender





Die Grenzen nach Frankreich und Luxemburg (FR,LUX: nach Deutschland) waren im Frühjahr längere Zeit geschlossen. Hat das Ihrer Meinung nach das Verhältnis zu den Nachbargemeinden in Frankreich und Luxemburg (FR,LUX: im Saarland) sehr stark, stark, weniger oder gar nicht belastet?

*Quelle: SR/infratetst dimap (11.12.20) www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/saarlandtrend/saarlandtrend_2020/saarlorluxtrend_2020_grenzschliessungen_100.html

Still loving Schengen – Grenzschließungen sind keine Lösung!

Bei unserem digitalen Parteitag durften die Landesvorsitzenden sich einen Wert aus dem Grundsatzprogramm aussuchen, der für ihr Bundesland eine besondere Bedeutung hat und dann an eine Stelle fahren, die dafür symbolisch steht, um dort ein 1-minütiges Statement abzugeben. Die kleinen Einspieler wurden dann zu Beginn des Parteitags gezeigt.

Ich bin mit dem Wert „Frieden“ im Gepäck ins Grenzgebiet Perl-Schengen gefahren. Weil es mir wichtig war zu zeigen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass das Schengener Abkommen in unserer Region unterschrieben wurde, die lange Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland war. Und dass man nichts für selbstverständlich halten darf von unseren europäischen Errungenschaften. Dass wir den europäischen Geist jeden Tag aufs Neue mit Leben füllen müssen.

Wer hätte gedacht, dass es auch für mich als Kind der Grenzregion nochmals etwas ganz Besonderes sein würde, die Brücke zwischen Schengen und Perl frei passieren zu können. Denn just während das Schengener Abkommen dieses Jahr im Frühjahr 25. Geburtstag feierte, wurden wegen Corona viele Grenzen, die wir schon gar nicht mehr als solche kannten, wieder geschlossen. Das hat nicht nur längere Wege zur Arbeit bedeutet, sondern unser europäisches Gefühl im Mark erschüttert.

Der aktuelle Saarland-Trend zeigt, dass das nicht spurlos an allen Menschen in unserer Grenzregion vorübergegangen ist. Laut einer Meldung des SR hat die Hälfte der Luxemburger*innen das Gefühl, dass die Grenzschließungen das Verhältnis zu den saarländischen Nachbar*innen belastet haben, während die Mehrheit der Französinen und Franzosen und der Saarländer*innen keine ernsthafte Belastung für das regionale Nachbarschaftsverhältnis sieht.

Klar ist für uns Grüne: Wir brauchen auch in der Corona-Pandemie offene Grenzen und müssen in Europa gemeinsam gegen das Coronavirus kämpfen, denn dann sind wir stärker als mit nationalen Alleingängen. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin für ein starkes Europa und ein friedliches Miteinander kämpfen!

Tina Schöpfer, Landesvorsitzende





Die Landesgeschäftsstelle – Infozentrale und Parteiorganisation

Die Landesgeschäftsstelle – kurz LGS – ist das Herzstück der Parteiorganisation. Zu den vielfältigen Arbeitsbereichen gehören unter anderen (und wahrscheinlich die wichtigsten) die Mitgliederverwaltung und der zentrale Beitragseinzug. Als Daueraufgabe werden Ein-, Aus- und Übertritte, sowohl Änderungen der Kontaktdaten bearbeitet, Beiträge eingezogen, verbucht und an die Gliederungen weitergeleitet. Und das immer im ständigen Austausch mit den Vorständen der Orts- und Kreisverbände.

Die Mitarbeitenden kümmern sich organisatorisch um die Planung und Durchführung der Landesparteitage und sonstigen Parteiveranstaltungen. Die Unterlagen zu den jährlichen Rechenschaftsberichten der einzelnen Gliederungen werden in der LGS für die Landesschatzmeisterin gesammelt und aufbereitet. Die Spendenquittungen werden nach den Buchungen der Mitgliedsbeiträgen gedruckt, unterschrieben und an die Mitglieder verschickt.

In Wahlkampfjahren ist die Landesgeschäftsstelle zudem Wahlkampfzentrale und organisiert den reibungslosen Ablauf der Kampagne von der Bestellung der Plakate bis hin zur Verteilung von Flyern und Give Aways.

Außerdem ist die LGS auch noch Geschäftsstelle des Landesschiedsgerichtes.

In den Räumen der Geschäftsstelle in Saarbrücken befinden sich ebenfalls das Wahlkreisbüro von MdB Markus Tressel, die Geschäftsstelle der Grünen Jugend Saar und ein Besprechungsraum, der bis zu 20 Personen zur Verfügung steht und von dem Landesvorstand für grüne Gespräche, Workshops oder Sitzungen genutzt werden kann.

Für Fragen und weitere Informationen wendet euch bitte an:
lgs@gruene-saar.de

Bündnis 90/Die Grünen

Landesverband Saarland
Geschäftsstelle
Eisenbahnstrasse 39
66117 Saarbrücken

Tel. 0681 389 70-0
Fax 0681 389 70 70
lgs@gruene-saar.de
www.gruene-saar.de



**LANDESVERBAND
SAARLAND**

JEDE ZEIT HAT IHRE FARBE.



Es war ein spannender, lebhafter und inhaltsreicher Parteitag, der vom 20. bis 22. November komplett digital stattgefunden hat. Wahnsinn, was da in kurzer Zeit organisiert wurde, um Abstimmungen über jede Menge Anträge zu organisieren und sicherzustellen, dass alle gelosten Redner*innen dann auch zu vielen spannenden Themen ihren Redebeitrag von daheim aus liefern konnten.

Viele Bilder sind mir in Erinnerung geblieben: sei es das Moderator*innen-Duo Ninia La Grande und Marco Ammer, das aus einem eigens im Tempodrom in Berlin eingerichteten Wohnzimmer berichtet hat, der Ausraster von Jürgen Trittin als er Probleme mit dem Ton hatte, die beiden hervorragenden Reden unserer Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck, die es in der leeren Halle ohne Publikum sicherlich nicht einfach hatten sowie auch die Beiträge der Landesvorsitzenden zu den verschiedenen Werten im Grundsatzprogramm, die gezeigt haben, wie vielfältig unsere Partei in den einzelnen Bundesländern ist.

„... zu achten und zu schützen ...' **Veränderung schafft Halt**“ ist der Titel des neuen Grundsatzprogramms, das knapp 20 Jahre nach dem letzten verabschiedet wurde. Es ist das vierte in der grünen Parteigeschichte. 800 Delegierte waren bei seiner Verabschiedung dabei – aus ihren Wohn- und Arbeitszimmern heraus. „Jede Zeit hat ihre Farbe“ war der Claim, der auf der Bühne im Berliner Tempodrom eingeblendet wurde – „und die ist grün“ – waren sich viele Redner*innen einig. Rund drei Monate hat die Programmierung des Abstimmungstools gedauert. Aus dem Tempodrom haben ARD, ZDF, Phoenix und RTL live über das Geschehen auf den vier Bühnen berichtet. Über 100 Videos, viele von den Parteimitgliedern selbst produziert, wurden während des Parteitags gezeigt.

Der Anspruch des Grundsatzprogramms ist es, neue Antworten für neue Zeiten zu liefern. Ihr findet Sie hier:

www.gruene.de/grundsatzprogrammprozess

Tina Schöpfer, Landesvorsitzende



**LANDESVERBAND
SAARLAND**